

## Antworten „Die Linke“

Frage 1: Inwieweit wird sich Ihre Partei, im Sinne der Empfehlungen des 7. Altenberichts, für eine zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen?

Antwort: Durch die demographischen Veränderungen wächst der Anteil der älteren Menschen und Senior\*innen in unserer Gesellschaft. Auch deshalb ist eine zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Senior\*innenpolitik für DIE LINKE unerlässlich. Dabei gilt es, den unterschiedlichen Bedarfen älterer Menschen nachzukommen. Die Gruppe der Senior\*innen ist heterogen, im Hinblick auf soziale Ungleichheiten und Differenzen sowie das Wohnumfeld. Bereiche wie Gesundheitsvorsorge, Pflege, Wohnung und Wohnumfeld, aber auch Teilhabe müssen finanziell gut ausgestattet sein. Hierbei spielen die Kommunen eine wichtige Rolle, sie müssen rechtlich, finanziell und institutionell in der Lage sein, mehr zu tun. Wichtig ist uns etwa im Feld von Wohnen und Pflege eine finanziell gut ausgestattete Pflegestruktur im Quartier, die älteren Menschen den Verbleib im eigenen Wohnumfeld ermöglicht. Hierzu müssen wir von der Praxis zeitlich befristeter Projektfinanzierung hin zu langfristig abgesicherten Maßnahmen kommen.

Frage 2: Wir brauchen ein Seniorenmitwirkungsgesetz und fordern die Einrichtung eines Seniorenparlaments. Ist Ihre Partei bereit eine solche Gesetzesinitiative in der Bremer Bürgerschaft zu unterstützen?

Antwort: In immer mehr Bundesländern wird das Seniorenmitwirkungsgesetz verankert, auch Bremen muss hier nachziehen. DIE LINKE unterstützt die Rolle der Landessenorenvertretung, um die Interessen von Senior\*innen besser vertreten zu können. Wir stehen für eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Es geht um ein Leben in Würde, selbstbestimmt und ohne jegliche Diskriminierung. Dazu gehören als wichtige Instrumente auch Seniorenmitbestimmungs- und Seniorenmitwirkungsgesetze sowie Seniorenvertretungen, etwa in Form eines Senior\*innenparlaments. Wir unterstützen die Einrichtung einer solchen Institution zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und zur Durchsetzung spezifischer Interessen von Senior\*innen.

Frage 3: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Altersarmut zu bekämpfen?

Antwort: Für DIE LINKE ist der Kampf gegen jegliche Form von Armut und für eine solidarische sowie gerechte Gesellschaft eines der wichtigsten Ziele ihrer Politik. Um die notwendige finanzielle Absicherung zu schaffen und Lebensstandards aufrechtzuerhalten, fordert DIE LINKE auf Bundesebene eine Mindestrente von 1.200 Euro sowie eine Rückkehr der Rentenniveaus auf 53 Prozent. Altersarmut ist jedoch die Folge von verschiedenen Faktoren, die vorangegangen im Leben der Menschen eine Rolle spielten. Deshalb beginnt die Bekämpfung von Altersarmut für DIE LINKE bei der Sorge um eine gerechte Arbeitswelt ohne prekäre Jobs, mit guten Löhnen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen statt Minijobs. Bremens linke Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt hat deshalb auch erfolgreich den Landesmindestlohn erhöht, der damit über dem Mindestlohn des Bundes liegt. Von Altersarmut betroffen sind vor allem auch Frauen, weil sie sich häufig um Kinder und Pflege kümmern und deshalb weniger erwerbstätig sind als Männer. DIE LINKE

setzt sich deshalb für eine geschlechtergerechte Verteilung von Sorgearbeit ein, an der sich auch Männer beteiligen. Damit wird Frauen besser ermöglicht, erwerbstätig zu sein. Das geht aber nur mit einer guten Kinderbetreuung.

Frage 4: Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass der Fachkräftemangel in den Bremer Pflegeeinrichtungen behoben wird?

Antwort: Der Fachkräftemangel in der Pflege ist ein großes gesellschaftliches Problem, welches sich aktuell im Kreis dreht: Zu wenig Personal führt zu unattraktiven Arbeitsbedingungen, die wiederum verhindern, dass mehr Personal gewonnen werden kann. Weil Pflegeberufe zu wenig Anerkennung erhalten – auch finanziell –, will DIE LINKE sie umfassend aufwerten. Die Arbeitsbedingungen wurden über Jahrzehnte vielfach kaputtgespart und sind ein wesentlicher Grund für unfreiwillige Teilzeit oder „Flucht aus der Pflege“. Dieses Missverhältnis müssen wir aufbrechen. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, eine bedarfsgerechte Personalbemessung sowie eine angemessene Entlohnung in der Pflege. Um Arbeitsbedingungen dauerhaft attraktiver zu machen, fordern wir z.B. Entlastungs-Tarifverträge, mehr eigene Kontrolle über Arbeitszeiten, mehr Entscheidungskompetenzen und Zuschläge für besondere Anforderungen. Den großen Fachkräftemangel wollen wir weiterhin in Kooperation mit der Agentur für Arbeit durch die Qualifizierung von angelernten Beschäftigten in der Altenpflegehilfe abbauen, was auch für die Nachfolgeausbildung in der Pflegefachhilfe möglich sein wird. Wir wollen die Umsetzung einer Kommunikations- und Werbekampagne im Bereich der Pflege fortsetzen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Ausbildung bzw. Weiterqualifizierung und Berufspraxis gleichzeitig stattfinden können – in Teilzeit und bezahlt. Die Einhaltung der neuen Tarifpflicht für Beschäftigte bei ambulanten Pflegediensten und in Pflegeheimen muss entsprechend kontrolliert werden. Das Ziel bleibt weiterhin ein allgemeinverbindlicher Tarif für alle Pflegebeschäftigten – wenn schon nicht bundesweit, dann wenigstens in Bremen und Bremerhaven.

Frage 5: Beabsichtigt Ihre Partei die Kosten (Zuzahlungen), die derzeit von den Zupflegenden getragen werden müssen, wieder staatlich zu finanzieren?

Antwort: Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige für einen Pflegeheim- oder Altersheimplatz zahlen müssen, ist deutlich zu hoch. Die Pflegeversicherung übernimmt nicht die vollen Kosten. Wer stationäre Pflege braucht, ist im Rentenalter häufig auf die Grundsicherung angewiesen und muss vorher sein gesamtes Ersparnis aufbrauchen. Das ist unwürdig, ungerecht und muss sich ändern. Es bedeutet auch, dass für immer mehr Menschen im Falle einer stationären Pflege die Sozialämter einspringen müssen und entsprechend große Summen aus Steuergeldern finanziert werden. DIE LINKE setzt sich daher auf Bundesebene für den Umbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ein. Die Pflegeversicherung muss auch insofern reformiert werden, als kommunale Träger von Pflegeeinrichtungen mehr Bedeutung gewinnen müssen. Auch hierdurch können die Eigenanteile der Pflegeheimbewohner\*innen reduziert werden.

Frage 6: Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass bei Einführung des Mobilitätstickets (z. Zt. €49 in der Diskussion) nicht nur eine digitale Version, sondern auch eine seniorenfreundliche analoge Variante eingeführt wird?

Antwort: DIE LINKE setzt sich in Bremen dafür ein, dass es neben dem 49-Euro-Ticket auch ein 9-Euro-Sozialticket für das Land Bremen geben wird. Mittelfristig ist der ticketlose ÖPNV das Ziel. Für uns ist klar: Selbstbestimmung und Teilhabe, auch im Bereich der Mobilität, bedeuten, digitale Zugänge zu schaffen, ohne analoge Zugänge zu Systemen und Institutionen einzuschränken. Digitalisierung darf nicht bedeuten, Generationen abzuhängen. Das Nebeneinander der technischen Nutzungsgewohnheiten erfordert, dass alle die Möglichkeit bekommen, Dienstleistungen ohne Einschränkung wahrnehmen zu können. Deshalb ist für uns klar, dass nach wie vor eine gut zugängliche analoge Version der Tickets vorgehalten werden muss, wie es sie beim 9€-Ticket schließlich auch schon gab.

Frage 7: Werden Sie auf die Entscheidungsträger der Sparkasse Bremen dahingehend einwirken, dass die Geldautomaten-Angebote wieder erweitert werden. Das Ziel muss dabei sein, die Geldversorgung in den Quartieren insbesondere für Seniorinnen und Senioren wieder herzustellen?

Antwort: Die barrierefreie Versorgung mit den Dingen des täglichen Lebens und der barrierefreie Zugang zu allen wichtigen Dienstleistungen ist essenziell. Die Schließung von Bankfilialen und der Abbau von Geldautomaten ist deshalb besorgniserregend. Die wohnortnahe Geldversorgung ist der LINKEN sehr wichtig. Soziale Teilhabe bedeutet auch, Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Geräten haben, zu ermöglichen ihren Bankgeschäften analog nachzugehen. In Bremen beschäftigt sich die Regierungskoalition bereits mit der Bereitstellung eines Bankmobils, welches unterversorgte Gebiete im Bremer Stadtgebiet anfährt und alle Services einer immobilien Sparkassenfiliale bietet. Außerdem prüfen wir auch weitere Auszahlungsmöglichkeiten etwa in Supermärkten.

Frage 8: Digitale Technologien können älteren Menschen kommunikative Hilfe bei Isolation und zur Vermeidung von Einsamkeitsgefühlen leisten. Wird Ihre Partei den kostenfreien Zugang zu entsprechenden Bildungsangeboten, insbesondere für Rentnerinnen und Rentner mit geringer Alterssicherung ermöglichen?

Antwort: Selbstbestimmung und Teilhabe bedeuten, Zugang zu modernen Kommunikationsformen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu fördern und Berührungspunkte mit Technik abzubauen. DIE LINKE fördert den Ausbau zielgruppenspezifischer Angebote und gut erreichbarer Beratungsmöglichkeiten, damit Berührungspunkte abgebaut werden können. Diese Angebote müssen für Rentner\*innen mit geringem Einkommen kostenlos sein. Neben der reinen Medienkompetenz ist es für Senior\*innen vor allem wichtig, auch den eigenen Fähigkeiten zu vertrauen im Umgang mit der digitalen Welt. Viele ältere Menschen fühlen sich häufig überfordert und von technologischen Hürden abgeschreckt oder von Berichten über Cyberkriminalität verunsichert, besonders, was das Einkaufen im Internet betrifft. Hier können passgenaue Angebote ermutigen und Unsicherheiten abbauen.

Frage 9: Es gibt einen enormen Aufholbedarf beim Bau von geförderten, altengerechten Wohnungen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der aktuelle und prognostizierte Bedarf für Bremen und Bremerhaven detailliert erfasst und ein Zukunftsprogramm entwickelt wird?

Antwort: In der vergangenen Legislatur hat die rot-grün-rote Regierungskoalition in Bremen die Initiative „Pflege im Quartier“ verabschiedet und angestoßen. Ein wichtiger Teil dieses Projektes ist die Erfassung und der Ausbau barrierefreier und altengerechter Wohnungen und eines barrierefreien und fürsorglichen Umfelds. DIE LINKE wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die in der Bremischen Bürgerschaft verabschiedeten Maßnahmen auch zügig umgesetzt werden, denn es bedarf altengerechter Wohnungen, auch im sozialen Wohnungsbau. Daneben brauchen wir eine barrierefreie und altengerechte Sanierung von Altbauwohnungen bzw. von Wohnungen im Bestand, damit Senior\*innen in den vertrauten vier Wänden wohnen bleiben können. DIE LINKE setzt sich auch für neue und bezahlbare Wohnkonzepte ein, wie beispielsweise Alten-WGs, Mehrgenerationenhäuser oder auch Wohngruppen für alters- und behindertengerechtes Wohnen.

Frage 10: Straftaten zum Nachteil älterer Menschen spielen in Bremen eine große Rolle. Wird

Ihre Partei für besseren Schutz und bessere Information der älteren Menschen sorgen und die Präventionsarbeit weiter verstärken?

Antwort: Die Ängste älterer Menschen vor Gewalt und Altersdiskriminierung müssen ernst genommen werden. Angriffe auf die seelische und körperliche Unversehrtheit älterer Menschen gilt es, konsequent juristisch zu verfolgen. Präventionsarbeit ist daher sehr wichtig, in Bremen und Bremerhaven brauchen wir mehr Hilfs- und Beratungsangebote. Gegen sog. SÄM-Delikte helfen umfassende Aufklärung, aber auch öffentlich finanzierte Projekte und Maßnahmen gegen Vereinsamung sowie gegen Situationen von Hilflosigkeit und Einsamkeit im Alltag. Begegnungsstätten, die Finanzierung von ausreichend Kontaktpolizisten (KOPs) und mehr Aufmerksamkeit zwischen den Menschen, die nebeneinander wohnen oder die Straße und öffentlichen Räume nutzen, können vorbeugen. Auf neue Betrugsmaschen an der Haustür, per Internet oder am Telefon muss politisch und strafrechtlich reagiert werden, um Betroffene zu schützen.